

Wien, 15.4.2022

An das
Bundeskanzleramt
BM für Finanzen
BM für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Elementarbildung –Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreich

Jeder in unsere Kinder investierte Euro lohnt sich und kommt langfristig fast 10-fach zurück. Die österreichischen Kinder- und Jugendanwaltschaften fordern den Bund daher auf, im Zuge der laufenden Verhandlungen zu einer neuen 15a-Vereinbarung über die Elementarpädagogik, die Investitionen der Bundesländer zu verdoppeln.

Zwischen dem Bund und den Bundesländern laufen derzeit Verhandlungen zu einer neuen 15a-Vereinbarung über die Elementarpädagogik. Die langjährigen Forderungen von Expert:innen, Pädagog:innen, Trägerorganisationen, NGOs und vor allem Eltern nach besseren Rahmenbedingungen in der Elementarbildung sind hinlänglich bekannt und schlagen in den Medien in regelmäßigen Abständen auf. Gefordert wird seit vielen Jahren beispielsweise eine Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation (Verkleinerung der Gruppengrößen), ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 1. Lebensjahr, echte Inklusion von Kindern mit Behinderungen ab dem 1. Lebensjahr, eine Attraktivierung des Pädagog:innenberufes und eine neue Ausbildungsinitiative.

Vieles davon scheitert am Geld. Dabei belegen Studien, dass sich richtig eingesetzte Investitionen in der Elementarbildung für alle lohnen und das Kosten-Nutzen-Verhältnis bei 1 zu 9,6 liegt, was bedeutet, dass jeder investierte Euro 9,6 Mal zurück kommt.¹

Investitionen in die Elementarbildung wirken also nicht nur individuell, sondern sind aus volkswirtschaftlicher Sicht von größtem Vorteil. Dennoch sind die öffentlichen Ausgaben für Elementarbildung in Österreich viel zu gering. Aktuell werden lediglich 0,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) dafür aufgewendet, womit Österreich nur knapp vor dem Schlusslicht Irland mit 0,3% liegt. Der Spitzenreiter Schweden hingegen, wendet 1,6% seines BIPs auf.² Selbst bei einer Verdoppelung der Ausgaben würde Österreich noch weit hinter Schweden zurückliegen.

Tatsächlich beobachten die Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs derzeit eine Verschlechterung der Situation. Nach den Mühen der Pandemie, die bei den Elementarpädagog:innen tiefe Spuren hinterlassen haben, steht die Elementarbildung jetzt auch vor der Herausforderung, die vielen vor dem Krieg in der Ukraine geflohenen Kinder in Österreich zu integrieren.

Die derzeit zur Verfügung stehenden Ressourcen reichen dabei bei weitem nicht aus, das aktuelle Versorgungsniveau zu halten, geschweige denn Verbesserungen zu erreichen. Weder in der Fachkraft-Kind-Relation, noch in der Integration von Kindern mit Behinderungen, die aus kinderrechtlicher Sicht

¹ Vgl. Schneider, Dreer (2012): Verstärkte Investitionen in frühkindliche Bildung: Kosten und Nutzen für Oberösterreich. Johannes Kepler Universität Linz

² Vgl. ECO Austria: Kinderbetreuung und Elementarpädagogik im internationalen Vergleich: Best-Praxis Modelle – Juli 2021

in Bezug auf den Zugang zur Bildung besonders zu berücksichtigen sind.³ Und auch nicht für eine Attraktivierung des Berufsfeldes.

Kinder haben einen Grundrechtsanspruch auf bestmögliche Entwicklung und Entfaltung sowie auf Gleichbehandlung von Kindern mit und ohne Behinderung im Sinne der Art. 1 und 6 BVG-Kinderrechte. Das verfassungsrechtlich verankerte Kindeswohlvorrangigkeitsprinzip enthält die staatliche Verpflichtung stets die bestmöglichen Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Kinder in Österreich anzustreben⁴ und bei allen staatlichen Maßnahmen, die Kinder betreffen, das Kindeswohl vorrangig zu berücksichtigen.

Diese kinderrechtlichen Verpflichtungen werden aus Sicht der Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs aktuell nicht erfüllt.

Elementarpädagogische Einrichtungen begleiten die Kinder ihren sensibelsten Entwicklungsphasen, nämlich im Alter von 0-6 Jahren. Gerade in diesem Zeitfenster sind altersadäquate Betreuungs- und Förderangebote essentiell. Wird in dieser wichtigen Lebensphase ein stabiles Fundament gelegt, können spätere Bildungseinrichtungen darauf sicher aufbauen. Dieses Ziel kann nur durch eine umfassende Aufwertung der elementaren Bildung als erste Bildungseinrichtung und Beendigung der Zuständigkeitswirrwarr unter dem Motto „frühkindliche Bildung ist BILDUNG“ erreicht werden.

Um die Bemühungen der Bundesländer zu fördern und die Investitionen in die Elementarbildung insgesamt deutlich zu erhöhen, fordern die österreichischen Kinder- und Jugendanwaltschaften die Bundesregierung auf, jeden der von den Bundesländern investierten Euro zu verdoppeln. Damit einhergehend ist sicherzustellen, dass der Besuch von elementarpädagogischen Einrichtungen kostenlos ermöglicht wird. Die finanziellen Ressourcen für die Investition in unser Zukunft müssen jetzt bereitgestellt werden. Jedes Versäumnis wird sich langfristig nachteilig auswirken.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs



Ercan Nik Nafs
Kinder und Jugendanwalt Wien



³ Vgl. Committee on the Rights of the Child, General Comment No. 9, The rights of children with disabilities (2006), CRC/C/GC/9 bzw. ErlRV 413 BlgNR 18. GP, Art 6.

⁴ Vgl. Grabenwarter, Zur Frage der Integration der Garantien der Kinderrechtskonvention in das österreichische Bundesverfassungsrecht in Berka/Grabenwarter/Weber, Studien zur Kinderrechtskonvention und ihrer Umsetzung in Österreich, BMFJ Wien, 2014, 59; Fuchs, Kinderrechte in der Verfassung: Das BVG über die Rechte von Kindern, Jahrbuch Öffentliches Recht 2011, 96f.